



Westerwelle führt Klassenkampf von oben

Hartz IV-Regelsätze erhöhen, Mindestlohn jetzt!

Zu den anhaltenden Angriffen des Vizekanzlers Guido Westerwelle, FDP, auf den Sozialstaat erklärt der Landesvorsitzende MdB Alexander Ulrich:

Statt über angeblich zu hohe Hartz-IV-Regeleistungen und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu lamentieren, sollte sich der Vizekanzler eher Gedanken darüber machen, wie die verfassungswidrige Politik seiner Regierung schnellstmöglich beendet werden kann. Das Lohnabstandsgebot wird nicht durch Senkung der Sozialleistungen, sondern durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gesichert. Frankreich hat damit zum Beispiel gute Erfahrungen gemacht - wie viele andere unserer Nachbarländer mit Mindestlohn ist es nicht verdächtig, den Sozialismus einführen zu wollen. Es ist aus demokratischer Sicht bedenklich, wenn sich die wenigen Bezieher leistungsloser Maximaleinkommen über Steuersenkungen freuen dürfen, gleichzeitig aber die Gewährleistung des Existenzminimums zum „anstrengungslosen Wohlstand“ erklärt wird.

Westerwelle führt so den Klassenkampf von oben: das ist nicht nur zynisch, aus meiner Sicht erfüllt es den Tatbestand der Volksverhetzung.

Millionen Menschen müssen trotz Vollzeitarbeit staatliche Zuschüsse in Anspruch nehmen, weil ihr Lohn nicht das Existenzminimum absichert. Das ist neben der willkürlichen Festlegung der Hartz-IV-Leistungen ein weiterer Skandal. Deswegen kann es in der jetzigen Debatte nur darum gehen, diese Leistungen anzuheben und gleichzeitig den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. So wird sichergestellt, dass derjenige mehr hat, der arbeitet - und dass gleichzeitig nicht in Armut vegetieren muss, wer Arbeit sucht. Das ist das Sozialstaatsgebot der Verfassung, daran sollte sich der Vorsitzende der Mövenpick-Partei gelegentlich erinnern. Es ist bedauerlich, dass ein deutscher Vizekanzler sich nicht mehr dem Allgemeinwohl verpflichtet sieht, sondern nur noch eine Klientelpolitik für die oberen Zehntausend betreibt.

Stand: 15.2.2010

Kontakt: Jochen Bülow, mobil: 0170 / 903 3270

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
Landesgeschäftsstelle/Presse Rochusstr. 10-12 55116 Mainz
Tel: 06131 / 237945 Fax: 06131 / 237946